

Beschlussvorlage

Drucksachen-Nr. 0199/2017
öffentlich

Gremium	Sitzungsdatum	Art der Behandlung
Haupt- und Finanzausschuss	18.05.2017	Entscheidung

Tagesordnungspunkt

Beschluss genereller Dienstreisegenehmigungen

Beschlussvorschlag:

Für die folgenden Dienstreisen von Rats-, Ausschuss- und Beiratsmitgliedern sowie Mitgliedern des Integrationsrates wird eine generelle Genehmigung beschlossen:

1. Dienstreisen von Rats- und Ausschussmitgliedern zu Sitzungen der Arbeitsgemeinschaft für den Regierungsbezirk Köln des Städte- und Gemeindebundes NRW,
2. Dienstreisen der vom Rat gewählten Vertreterinnen und Vertretern der Stadt Bergisch Gladbach zu Sitzungen der Mitgliederversammlung des Städte- und Gemeindebundes NRW sowie zu den Sitzungen der von der Mitgliederversammlung gebildeten Ausschüsse oder sonstigen Gremien, in denen die Vertreterinnen und Vertreter der Stadt Bergisch Gladbach durch Wahl der Mitgliederversammlung vertreten sind,
3. Dienstreisen der stellvertretenden Bürgermeisterinnen/Bürgermeister und übrigen Ratsmitglieder im Rahmen der vom Haupt- und Finanzausschuss beschlossenen Aktivitäten zur Pflege der städtepartnerschaftlichen Beziehungen,
4. Dienstreisen der/des Vorsitzenden des Inklusionsbeirates und ihrer/seiner Stellvertretung zu Informations- und Fortbildungsveranstaltungen zu den Themen Inklusion – Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention, Erstellen eines „Aktionsplanes Inklusion“, DIN-Vorschriften zum barrierefreien Bauen und zum barrierefreien öffentlichen Raum sowie Veranstaltung und Sitzungen der/des Landesbehindertenbeauftragten,
5. Dienstreisen der vom Integrationsrat entsandten Vertreterinnen und Vertreter der Stadt Bergisch Gladbach zu Veranstaltungen und Sitzungen der Mitgliederversammlung des Landesintegrationsrates NRW sowie zu den Sitzungen der von der Mitgliederversammlung gebildeten Ausschüsse oder sonstigen Gremien, in denen die Vertreterinnen und

Vertreter der Stadt Bergisch Gladbach durch Wahl der Mitgliederversammlung vertreten sind,

6. Dienstreisen der/des Vorsitzenden des Seniorenbeirates und ihrer/seiner Stellvertretung zu Veranstaltungen und Sitzungen der Landesseniorenvertretung NRW.

Sachdarstellung/Begründung:

In der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 16.03.2017 wurde seitens der FDP-Fraktion vorgeschlagen, der Haupt- und Finanzausschuss solle an Stelle von zahlreichen Einzelfallbeschlüssen generelle Dienstreisegenehmigungen für die Fälle beschließen, in denen regelmäßig Dienstreisegenehmigungen erteilt werden. Im Haupt- und Finanzausschuss bestand Einvernehmen, dass ein solcher Beschluss, der gemäß § 6 Absatz 2 Zuständigkeitsordnung in die Entscheidungskompetenz des Haupt- und Finanzausschusses fällt, vorbereitet werden solle.